

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 41. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 15. März 2012, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

i.V. von Ursula Sassen

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Therapieunterbringung in Schleswig-Holstein - Therapieunterbringungsvollzugsgesetz - (ThUVollzG) sowie Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2191	
2. Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere	8
Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2282 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2313	
3. a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen	9
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1958 (neu)	
Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2009	
b) Lohnuntergrenzen	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1977	
Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/1994	

- 4. Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern** **11**
- Antrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1771](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung - (selbstständig)
- Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene**
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1833](#) (selbstständig)
- 5. Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts** **13**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2249](#)
- 6. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten** **14**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2250](#)
- 7. a) Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein** **15**
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
[Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung
- b) Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein**
- Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
[Drucksache 17/967](#) (neu)
- 8. Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern** **17**
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2259](#) (neu)

9. Betreuungsgeld stoppen **18**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/2273](#) (neu)

10. Verschiedenes **19****11. Petition L146-17/1052** **20****Soziale Angelegenheit; Beförderung behinderter Menschen**

Schreiben des Petitionsausschusses

interner [Umdruck 17/3333](#)

(gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich)

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden folgende Punkte abgesetzt:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2159](#)
- **Renten Kürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!**
Antrag der Fraktion DIE LINKE - [Drucksache 17/2189](#)
- **a) Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen**
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW - [Drucksache 17/1888](#) (neu) - 2. Fassung
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/2005](#) (selbstständig)
- **b) Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/1963](#) (neu)
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/2007](#) (selbstständig)
- **Künstliche Befruchtung ermöglichen**
Antrag der Fraktion DIE LINKE - [Drucksache 17/1863](#)

Die so geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Therapieunterbringung in Schleswig-Holstein - Therapieunterbringungsvollzugsgesetz - (ThU-VollzG) sowie Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/2191](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3596](#), 17/3656, 17/3676, 17/3733, 17/3735, 17/3741, 17/3742, 17/3744, 17/3747, 17/3748, 17/3750, 17/3771, 17/3829, 17/3830, 17/3840, 17/3846, 17/3866, 17/3846

Die Koalitionsfraktionen bringen den aus [Umdruck 17/3846](#) ersichtlichen Änderungsantrag ein. Auf Bitte der Abg. Tenor-Alschausky erläutert RL Berger (Referat Soziale Dienste der

Justiz, Freiwillige Straffälligenhilfe und Therapieunterbringung im MJGI) den vorliegenden Änderungsantrag.

Abg. Tenor-Alschausky erklärt, dass sich ihre Fraktion der Stimme enthalten werde. Zwar erkenne sie an, dass eine gesetzliche Grundlage notwendig sei. Nichtsdestotrotz stelle der vorliegende Gesetzentwurf nicht zufrieden.

Vom Vorsitzenden nach Kritikpunkten an dem Gesetzentwurf befragt, legt Abg. Tenor-Alschausky dar, das größte Problem für ihre Fraktion sei, dass der Gesetzentwurf weiterhin die Möglichkeit der Beleihung beziehungsweise der Privatisierung vorsehe. Intensiver diskutiert hätten beispielsweise auch die Bereiche Fachaufsicht sowie Geeignetheit von Einrichtungen und Ähnliches werden sollen.

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW wird der aus [Umdruck 17/3846](#) ersichtliche Änderungsantrag angenommen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2282](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/2313](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3601, 17/3609, 17/3616, 17/3657, 17/3700, 17/3701, 17/3704, 17/3715, 17/3726, 17/3739](#)

Der Ausschuss schließt sich dem vom Innen- und Rechtsausschuss gewählten Verfahren an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1958](#) (neu)

Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/2009](#)

b) Lohnuntergrenzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1977](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/1994](#)

(überwiesen am 17. November 2011 an den **Sozialausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3108, 17/3275, 17/3276, 17/3302](#) (neu), [17/3317, 17/3323, 17/3325, 17/3336, 17/3404, 17/3416, 17/3460, 17/3479, 17/3487, 17/3488, 17/3491, 17/3500, 17/3508, 17/3513, 17/3514, 17/3525, 17/3526, 17/3527, 17/3528, 17/3529, 17/3549, 17/3593](#)

Die Ausschussmitglieder stellen übereinstimmend fest, dass die unterschiedlichen Standpunkte bekannt und hinreichend ausgetauscht seien und sprechen sich für eine Abstimmung in der Sache aus.

Abg. Dr. Bohn weist darauf hin, dass es insbesondere in Schleswig-Holstein nach wie vor einen hohen Anteil von Beschäftigten, insbesondere Frauen, im Niedriglohnsektor gebe. Hier gebe es eine besondere Verantwortung dafür, sich möglichst bald für die Einführung eines Mindestlohns einzusetzen. Auch wenn sie dem vorgelegten Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen werde, gehe dieser doch in die gleiche Richtung wie der gemeinsam mit der Fraktion der SPD eingebrachte Antrag.

Abg. Meyer legt dar, seine Fraktion habe einen Änderungsantrag eingebracht, da er einen Mindestlohn von 8,50 € für zu niedrig halte.

Der Ausschuss fasst unter dem Vorbehalt des Votums des beteiligten Wirtschaftsausschusses folgende Beschlüsse:

Zu a)

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen, [Drucksache 17/2009](#), abgelehnt.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen, [Drucksache 17/1958](#) (neu), abzulehnen.

Zu b)

Der Änderungsantrag der Fraktion des SSW, Lohnuntergrenzen, [Drucksache 17/1994](#), wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion des SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE abgelehnt.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Lohnuntergrenzen, [Drucksache 17/1977](#), anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1771](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung - (selbstständig)

Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1833](#) (selbstständig)

(überwiesen 16. September 2011 an den **Sozialausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2991, 17/3013, 17/3019, 17/3020, 17/3026, 17/3078, 17/3203, 17/3261, 17/3267, 17/3274, 17/3281, 17/3282, 17/3303, 17/3335, 17/3358](#)

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag unter dem Vorbehalt der Beschlussempfehlung des beteiligten Wirtschaftsausschusses folgende Beschlussempfehlung:

1. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern, [Drucksache 17/1771](#).
2. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern, [Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung -, abzulehnen.

3. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Reformen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene, [Drucksache 17/1833](#), anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/2249](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2250](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

Abg. Dr. Bohn spricht sich dafür aus, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Die Vertreter der Regierungskoalition halten dies nicht für notwendig.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung

b) Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/967](#) (neu)

(überwiesen am 19. November 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/1535](#)

Abg. Tenor-Alschausky geht zunächst auf den Antrag zu a) ein und legt dar, Debatten mit Jugendlichen auch im Parlament machten die Notwendigkeit dieser Regelung deutlich. Sie halte es für richtig, diesem Ansinnen nachzukommen. Zu dem Antrag zu b) führt sie aus, ihre Fraktion trete dafür ein, dass die Verwaltungseinheiten, nach der hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte eingestellt würden, wieder auf 10.000 abzusinken.

Abg. Rathje-Hoffmann legt dar, der Antrag zu a) habe sich im Prinzip erledigt, da nicht beabsichtigt sei, eine Änderung der Gemeindeordnung herbeizuführen. Zu b) weist sie darauf hin, dass die Große Koalition 2005 gemeinsam beschlossen habe, die Mindesteinwohnerzahl auf 15.000 Menschen pro Verwaltungseinheit anzuheben. Die jetzige Koalition wolle diese Grenze beibehalten.

M Dr. Garg legt dar, ihm sei es stets ein besonderes Anliegen gewesen, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung zu erhalten, und zwar als Muss-Vorschrift. Entsprechendes habe er auf seine Initiative auch im Kabinett durchgesetzt.

Abg. Baasch argumentiert dahin, dass, wenn nicht beabsichtigt sei, eine Änderung bei den Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung herbeizuführen,

dem vorliegenden Antrag auch zugestimmt werden könne. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen halten dies für überflüssig.

Der Ausschuss gibt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss gegenüber folgendes Votum ab:

Zu a)

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er Ablehnung des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung.

Zu b)

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfiehlt er die Ablehnung des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/967](#) (neu).

Punkt 8 der Tagesordnung:

Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2259](#) (neu)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

Der Ausschuss kommt überein, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 16. März 2012 benannt werden. Als Termin für die Abgabe der Stellungnahme wird der 10. April 2012 festgelegt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Betreuungsgeld stoppen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE
und SSW

[Drucksache 17/2273](#) (neu)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

Abg. Tenor-Alschausky führt aus, die Argumente seien hinlänglich ausgetauscht, und plädiert dafür, dass sich die Landesregierung der Entschließung Baden-Württembergs im Bundesrat anschließt.

Abg. Rathje-Hoffmann legt dar, ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen. Sie habe sich dazu positioniert. Dem sei nichts hinzuzufügen.

Abg. Dr. Bohn bittet um Stellungnahme der Koalitionsfraktionen zu dem Vorschlag, den Bundesländern unterschiedliche Vorgehensweisen zu ermöglichen.

Abg. Rathje-Hoffmann legt dar, derzeit fänden in Berlin zu diesem Thema umfangreiche Gespräche statt. Auch sei nicht sicher, ob es sich überhaupt um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handle. Die Position der schleswig-holsteinischen CDU sei, dass, wenn es zu einem Betreuungsgeld komme, dieses unbar ausgezahlt werde, beispielsweise als Bestandteil der Altersversorgung.

Abg. Heinemann verweist auf öffentliche Äußerungen von Mitgliedern der FDP insbesondere auf Podiumsdiskussionen und bittet um Stellungnahme dazu. Abg. Klahn legt dar, die Position der FDP sei bekannt. Sie habe sich gegen die Einführung des Betreuungsgeldes positioniert. Allerdings befinde sich ihre Partei in einer Koalition und werde sich entsprechend verhalten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, Betreuungsgeld stoppen, [Drucksache 17/2273](#) (neu), abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Berichterstattung der Landesregierung zum Bildungs- und Teilhabepaket

M Dr. Garg geht auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE dar, in der April-Tagung über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu berichten, und stellt die dafür notwendigen zeitlichen Vorgaben dar. Angesichts dieser sei es im Prinzip nicht möglich, den beantragten Bericht zur Plenartagung vorzulegen. Sofern die Fraktion DIE LINKE auf die Berichterstattung im Plenum verzichte, sei es aber durchaus möglich, dass das Sozialministerium dem Sozialausschuss zu seiner Sitzung am 19. April 2012 einen schriftlichen Bericht vorlege. - Abg. Jansen nimmt diesem Vorschlag auf und sagt zu, ihn in ihrer Fraktion zu beraten.

Abg. Baasch bittet darum, in dem Bericht auch darzustellen, wie viele Mittel auf Bundesebene und auf Landesebene in die Werbung für das Bildungs- und Teilhabepaket geflossen seien beziehungsweise wie viele Werbemittel des Bundes in Schleswig-Holstein ausgegeben worden seien.

Konkursverfahren Schlecker

M Dr. Garg berichtet dem Ausschuss, dass er in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit für nächsten Montag, 19. März 2012, zu einem Gespräch der Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberschaft, der BA sowie der Gewerkschaften in das Arbeitsministerium eingeladen habe, um alle Möglichkeiten zu erörtern, wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schnellst möglich eine Perspektive auf Unterstützung gegeben werden könne.

Kommunalisierung des Sozialvertrages II

Auf Bitte des Abg. Baasch sagt M Dr. Garg zu, den Ausschuss schriftlich über den Sachstand zu informieren.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Petition L146-17/1052

Soziale Angelegenheit; Beförderung behinderter Menschen

Schreiben des Petitionsausschusses

interner [Umdruck 17/3333](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich beraten (s. nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin